

Arbeiter-Zeitung

Arbeiter-Zeitung
Preis 10
Wochensatz 10

Verlag: Die Verlagsanstalt
Herausgeber: Die Verlagsanstalt
Redaktion: Die Verlagsanstalt
Druck: Die Verlagsanstalt

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der R.D., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptverteilung: Breslau 10, Kreuzberg Straße 50, Telefon 550 89.
Vertrieb: Breslau 54, Redaktion: Breslau, Kreuzberg Straße 50, Telefon 238 02.
Abbestellung: Breslau 12-13, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr.
Abbestellung: Glatz, Wilhelmstraße 24, Telefon 4085.
Abbestellung: Glatz, Kreuzberg Straße 50, Telefon 238 02.
Abbestellung: Glatz, Kreuzberg Straße 50, Telefon 238 02.

Abgefartetes Spiel an der Ruhr

Severings Entscheidung mit den Unternehmern im voraus vereinbart Kampfleitung fordert Generalstreik!

Berlin, 30. November. In der heutigen Vormittagsbesprechung des Reichskanzlers Müller mit den Vertretern der im Eisenkreis beteiligten Arbeitgeber ist eine Einigung dahin erzielt worden, daß die Arbeitgeber sich mit der Vermittlung des Reichsinnenministers Severing in dem Streit der Eisenindustrie unter gewissen Bedingungen einverstanden erklären haben. Am Nachmittag empfängt der Reichskanzler die Arbeitnehmervertreter.

Berlin, 30. November. Die Verhandlungen, die Reichskanzler Müller am Freitagnachmittag in der Frage des Eisenkonflikts mit den Vertretern der drei Gewerkschaftsrichtungen führte, dauerten den ganzen Nachmittag mit mehreren Unterbrechungen an. Auch das Kabinett war dauernd versammelt, um Bericht über Verlauf der Verhandlungen entgegenzunehmen. Zu den Verhandlungen mit den Gewerkschaften wurden zeitweise auch der Reichswirtschaftsminister Curtius und der Reichsarbeitsminister Wissell hinzugezogen. Die Reichsregierung hat, wie schon am Vormittag den Vertretern der Arbeitgeber, so auch den der Gewerkschaften nahegelegt, den Reichsinnenminister Severing bedingungslos als Schlichter anzuerkennen. Vor den freien Gewerkschaften wurde erklärt, daß man über diesen Vorschlag erst die Revisionen abwarten, die am Sonntag im Aussperrungsgebiet stattfinden, hören müsse.

Der unerhörte Vorschlag, dem alten Streikabwürger Severing diktatorische Vollmacht zur Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Hüttenindustrie zu geben, ging von den Unternehmern aus.

Schon in ihrer Morgenausgabe vom 30. November schrieb das Organ der Großkapitalisten, die „Kölnische Zeitung“: „Der neue Vermittler müßte seiner Struktur nach eine ähnliche Persönlichkeit sein wie Bergemann. Sie müßte gewissermaßen dessen Kenntnis des westdeutschen Wirtschaftsgebietes, eine Autorität im Arbeiterlager, die Vertrautheit mit gewerkschaftlichen Dingen und die Achtung, die er auch bei den Unternehmern genießt, in ministeriellem Format, auf einer höheren politischen Ebene verkörpern. Wenn diese Persönlichkeit also ein Mitglied des Reichskabinetts sein sollte, könnte wohl nur der Minister des Innern, Severing, in Frage kommen... Wir begrüßen es, daß man sich doch entschlossen hat, den Eisenkonflikt auch weiterhin von einer Persönlichkeit behandeln zu lassen und ihn nicht vor ein Kollegium, irgendeinen Ausschuß oder eine Schiedsstelle zu bringen.“

Das Unternehmerorgan gibt also seiner tiefen Zufriedenheit mit dem Unternehmertum Ausdruck.

Noch mehr. Ein anderes kapitalistisches Organ, die „Berliner Vorzeitung“, wußte schon in ihrer Morgenausgabe vom 30. November mitzuteilen, daß Severing die Entscheidung, die er sich zu treffen anschickte, bereits mit den Hüttenindustriellen vereinbart hat. Das Blatt schrieb:

„Herr Severing soll übrigens schon einen Vermittlungsvorschlag ausgearbeitet haben, dessen Lohnsätze sich etwas über den alten Lohnbedingungen halten, aber die durch den bekannten Schiedsspruch diktierten Sätze nicht erreichen sollen. Außerdem will Severing für einen Tarifabschluß auf längere Sicht eintreten, das heißt von einer mindestens einjährigen Dauer.“

Wie wir weiter hören, waren gestern die führenden Industriellen der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie in Berlin und

haben mit Mitgliedern des Reichskabinetts über die neue Vermittlungsaktion verhandelt. Der Severingsche Vorschlag scheint für die Industrie eine annehmbare Grundlage zu neuen Einigungsverhandlungen zu bilden. Es besteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit, daß die Einigung auf der obengeschilderten Basis heute erreicht wird, so daß dann am Montag die Arbeit wieder aufgenommen werden würde.“

Die „Berliner Vorzeitung“ bestätigt damit nur, was jedem denkenden Arbeiter ohnehin schon klar war. Es ist eine dummdreiste Lüge, wenn der „Vorwärts“ schreibt, daß Gewerkschaftsvertreter und Unternehmer sozusagen „eine Raube im Sack“ laufen müßten, auch Severings Ausgabe besteht darin, die Bedingungen der Unternehmer auszusprechen, und zwar auch mit vollem Wissen der reformistischen Gewerkschaftsführer.

Die sozialdemokratischen Führer wollen die Arbeiter betrügen. Auch die Absicht, erst die Revisionen abzuwarten, ändert nichts an dieser Tatsache. Die Konferenzen werden so zusammengeschoben, daß sie nicht den Willen der Mitgliedschaft, sondern den der sozialdemokratischen Anführer befolgen werden. Aber es ist eine freche Verleumdung der Arbeiter, wenn man sie für so dummdreist hält, daß sie dieses abgefartete Spiel nicht durchschauen.

Unternehmer, Koalitionsregierung und reformistische Gewerkschaftsführer wollen jetzt den Kampf mit allen Machtmitteln abwürgen und die Hüttenarbeiter zu schändlichen Bedingungen wieder in die Betriebe treiben.

Dagegen wehrt sich die Arbeiterschaft unter Anspannung aller Kräfte.



Severing, der kleine Metallarbeiter.
Er hat bereits des öfteren Abkommen getroffen und gebrochen.

Sorge; die Mutterschaft hat Anspruch auf Schutz und Fürsorge des Staates. Alles das sind sehr schöne und herrliche Sätze. Der Artikel 119 ist bisher gewissermaßen der Kellamerkel für die Sozialdemokratie gewesen. Die Sozialdemokratie glaubte, gerade durch diesen Artikel 119 dem weiblichen Proletariat zeigen zu können, daß sich nach der Revolution die Stellung der Frau bedeutend gebessert habe. Aber es ist ein trauriges Kapitel, daß wir nach zehn Jahren Republik gezwungen sind, Anträge zu stellen, damit die Verheißungen der Verfassung in bescheidenen Fragen endlich Gelegetform erhalten. Bisher haben wir nur erfahren, daß der Artikel 119 der Verfassung niemals ernstgemeint war. (Zustimmung bei den Komm.) Wir wissen, daß die Unterdrückung der Frau erst im proletarischen Staat beseitigt werden kann. (Sehr wahr! bei den Komm.)

Die Frauenerwerbsarbeit hat in den Jahren von 1907 bis 1925 um drei Millionen zugenommen. Besonders die Frauarbeit in der Industrie. Die Zunahme der Erwerbstätigkeit der verheirateten Frauen beträgt 69 Prozent. (Hört, hört!) Die Ursachen für die Einbeziehung der Frau in das Erwerbsleben liegen einerseits in der Unmöglichkeit, daß der Mann allein bei seinem geringen Lohn die Familie ernährt, andererseits in dem Drang der Frau, sich selbständig und unabhängig zu machen. Hierin liegen auch die Ursachen für die Wandlung, die der Ehe eine andere Form und einen anderen Inhalt geben. Heute ist ja mit der Ehe nicht einmal die Wohngemeinschaft mehr verbunden. Eine Million Haushalte haben heute keine Wohnung. (Hört, hört! bei den Komm.) Jeder zehnte Haushalt ohne Wohnung! Und da reden Sie (zur Mitte und nach rechts) von „Ehebolshewismus“ und von der „Heiligkeit der Familie“ und wollen die Familien retten, obgleich ja gerade Sie dazu beitragen, die Familien zu zerstören und aufzulösen. (Lebhafte Zustimmung bei den Komm.)

Zentrum und Deutschnationale wollen in Zukunft noch mehr die Unterwürfigkeit der Frau unter den Mann, weil sie wollen, daß sich die Frau der Kirche und auch der kapitalistischen Ausbeutung unterwirft. (Sehr wahr! bei den Komm.) Aber leider verbanken gerade diese Parteien ihr Dasein im Reichstag noch dem Umstand, daß ein Teil proletarischer Frauen noch nicht erkannt hat, welche Rolle Zentrum und Deutschnationale im Kampf der Frau um ihre Rechte spielen.

Wenn früher jemand einen Hausstand gründen wollte, dann mußte er sich zuerst eine Wohnung und eine Einrichtung anschaffen. Jetzt ist es umgekehrt. Jetzt muß er sich erst auf dem Wohnungsamt eintragen, und dann kann er jahrelang warten bis er eine Wohnung bekommt. Wenn dann diese jungen Menschen mit der Eheschließung noch lange warten müssen und eventuell ein uneheliches Kind zur Welt kommt, so ist das menschlich zu begreifen. Aber diejenigen, die die uneheliche Mutter und auch das Kind dann mit einem Wafel belegen, verdienen in Wirklichkeit die Verachtung. Menschliche Empfindungen lassen sich nun einmal nicht in Paragraphen zwingen. Mit dem heutigen Zustand muß gebrochen werden.

Unser Antrag fordert auch, daß die Ehe durch das Uebereinkommen beider Ehegatten oder auf Antrag des einen Ehegatten durch das Gericht gelöst werden muß. Wir sind der Auffassung, daß, wenn ein Ehegatte glaubt, nicht mehr mit dem andern zusammenleben zu können, das Urteil über eine solche Ehe bereits gefällt wird. (Sehr gut! bei den Komm.) Es darf nicht ein Teil gewalttätig an den andern Teil gebunden werden. Die Schuldfrage darf hierbei keine Rolle mehr spielen.

In Rußland ist die Befreiung der Frau Wirklichkeit geworden. Dort sind die Jahrhunderte alten Einrichtungen beseitigt worden, und zwar vor allem dadurch, daß der russische Arbeiterstaat der Frau hilft. Die deutsche werktätige Frau muß mit uns kämpfen, um ihre endgültige Befreiung in einem Rätedeutschland.

(Starker Beifall bei den Kommunisten.)

Vom Tage

Die Nationalsozialisten haben gestern zwei Stindbombenattentate verübt. In Berlin sprengten sie mittels Stindbomben eine volksparteiliche Versammlung. In Hamburg stürzten sie eine Theatervorstellung mit den gleichen Mitteln.

Am Freitagnachmittag stürzte nördlich von Nürnberg ein Daimler-Kleinflugzeug ab und wurde stark beschädigt. Die Insassen kamen ohne Schaden davon.

In Rom fanden gestern von den Faschisten veranlaßte antifranzösische Kundgebungen statt. Sie richteten sich gegen das Pariser Schmutzgericht, das Modugno, der den Faschisten Parolini erschossen hatte, zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt hatte.

Ehedebatte vor dem Reichstag

(Eig. Bericht.) Berlin, 1. Dezember. Präsident Lobe eröffnet die Freitagssitzung des Reichstages um 12 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten über die Ehescheidung, die Rechtsstellung der Frau, Reform des Familienrechts und die Rechtsstellung des außerehelichen Kindes.

Abgeordnete Frau Büll (Soz.) begründet die sozialdemokratischen Anträge. Man muß den Verhältnissen des praktischen Lebens Rechnung tragen. Die Sozialdemokraten haben eine Novelle eingebracht, die die Heirat von Ehebrechern zuläßt und Ehescheidung ermöglicht bei tiefer Abneigung oder bei Geisteskrankheiten. Die Sozialdemokraten wollen auch die Schuldfrage in anderer Weise gelöst haben, als sie das alte Gesetz vorsieht. Bei allem schuldigen Respekt vor der Bischofskonferenz in Fulda darf man doch heute nicht die notwendige Reform verweigern. An die Stelle des Schuldprinzips der Ehe muß das Herrschaftsprinzip treten.

Reichsjustizminister Koch: Auch ich bin der Auffassung, daß das Ehescheidungsrecht reformbedürftig ist. Man muß das Herrschaftsprinzip in Zukunft mehr anerkennen. Die Vorarbeiten für das neue

Gesetz sind abgeschlossen. Bei der Beratung werde ich auf die nähere Erörterung eingehen. Es wird Sache des Ausschusses sein, sich mit den vorliegenden Anträgen zu beschäftigen.

Abgeordneter Dr. Kahl (D. Vp.): Zu den Anträgen über die Ehescheidungsreform kann ich nur meine persönliche Meinung sagen, weil meine Fraktion dazu noch nicht Stellung genommen hat. Ich habe schon im Ausschuß zahlreiche erschütternde Beispiele für Tatsachen anführen können, daß es eine schuldlose objektive Ehescheidung gibt. Wenn eine solche Ehe bisher nicht geschlossen werden kann, so zeigt sich hier eine Klassenbünde.

Für die kommunistische Partei spricht Genossin

Martha Arendsee

Der Artikel 119 der Verfassung, der die Ehe als Grundlage des Familienlebens in den Vordergrund stellt, verkörpert die Auffassung, daß die Ehe unter dem Schutz der Verfassung stehe, daß sie auf der Gleichberechtigung der Geschlechter beruhe. Kinderreiche Familien haben nach der Verfassung Anspruch auf ausgleichende Fürsorge.

Nach der Damer-Bahn die Reichspost

Neue Rationalisierungsmassnahmen. — Vor Ankündigung von Tarifierhöhungen.

Nachdem der Verwaltungsrat der Damer-Eisenbahn eine neue Tarifierhöhung angekündigt, da meldet sich schon die Reichspostverwaltung. Sie teilt mit, „dass eine geplante Verlängerung der Arbeitszeit die Einkünfte von etwa 15.000 neuen Kräften in den Postbetriebe erforderlich würde, wozu ein Mehraufwand von 50 Millionen notwendig wäre. Sollte sich jedoch die Einführung der verkürzten Arbeitszeit durch Beschluß des Kabinetts noch etwas hinausziehen, so könne die Post sich langsam umstellen und dann auch einen Teil der neuen Kräfte durch Rationalisierungsmassnahmen einsparen.“

Ein sehr schlauer und in mehrfacher Hinsicht arbeiterfeindliches Kommuqué. Einmal plant die Reichspostverwaltung damit die Aufhebung der Verdünnung gegen die Einführung einer verkürzten Arbeitszeit für die Postbeamten und Arbeiter, weil von den dadurch erforderlichen Mehraufgaben die proletarischen Schichten, die den Hauptkostenanteil tragen, am meisten betroffen würden. Zum anderen kündigt die Reichspostverwaltung bereits Rationalisierungsmassnahmen an, die darin bestehen sollen, daß bei verkürzter Arbeitszeit den Postbeamten und Arbeitern ein härteres Arbeitstempo ausgemessen wird. Der nicht ausgesprochene, aber tatsächliche Sinn der Reichspostverwaltung liegt in der Vorbereitung eines Angriffs der Postverwaltung auf die jetzigen Tarife, die ebenso wie die der Reichsbahn erhöht werden sollen. Das wird sehr wohl noch nicht gesagt, aber in dieser Richtung zielen die Pläne der Postgewaltigen.

Kampfleitung fordert Generalkstreik

Essen, 1. Dezember. (Eig. Draht.) Die zentrale Kampfleitung der ausgesperrten Metallarbeiter des Ruhrgebietes hat gestern an den Bezirksausschuß des ADGB. in Düsseldorf ein Schreiben gerichtet mit folgenden Forderungen:

1. Die Arbeiter des Transportgewerbes (Eisenbahn, Binnenschiffahrt, Straßenbahn usw.), des Bergbaues und der elektrischen Werke zum Solidaritätsstreik mit den ausgesperrten Metallarbeitern aufzurufen.

2. Dazu an die in Frage kommenden Unternehmerverbände ultimativ die Forderungen dieser Arbeitkollegen, die von ihnen schon seit langem beschliffen sind, mit der Bestimmung zu überreichen, daß die Arbeit in diesen Industriezweigen am 6. Dezember niedergelegt wird, wenn bis dahin die Forderungen der Metallarbeiter, 15 Pf. Lohnhöhung pro Stunde, Achtstundentag und drei Schichten für die Plattenarbeiter bei vollem Lohnausgleich sowie die eigenen Forderungen nicht bewilligt sind.

Die Forderungen sind: Für die Arbeiter des Transportgewerbes und der Elektrizitätswerke zwischenzeitliche Lohnhöhung von 15 Pf. pro Stunde, für die Bergarbeiter eine solche von 1 Mark pro Schicht, Siebenstundenschicht unter Tage und Achtstundenschicht über Tage.

Der Generalkstreik der Unternehmer muß der Generalkstreik der Arbeiter des rheinisch-westfälischen Industriegebietes entgegengekehrt werden. Nur auf diesem Wege kann es gelingen, die Forderungen der Arbeiter gegen die Unternehmer in kürzester Frist durchzusetzen.

Der Brief schließt: „Unsere Auftraggeber, die ausgesperrten Verwaltungen der Betriebe, haben uns ermächtigt, euch zu einer Aussprache über die von uns gemachten Vorschläge aufzufordern. Wir schlagen euch vor, eine solche am Freitag, dem 30. November, 15 Uhr, im Büro des Bezirksausschusses herbeizuführen.“

Zentrale Kampfleitung der ausgesperrten Metallarbeiter.“

Ein sozialdemokratischer Gemeindevorsteher wegen Unterschlagung verurteilt

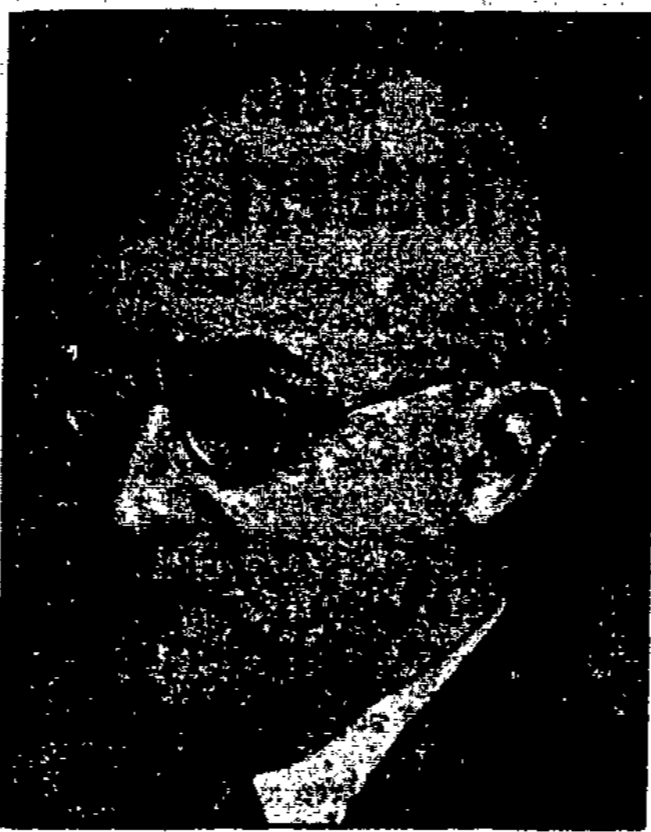
Der sozialdemokratische Gemeindevorsteher Busch aus Jüt. Schaunand vor dem erweiterten Schöffengericht wegen Unterschlagung im Amt. Busch gehörte dem Reichsbanner an. Wegen seiner politischen Betätigung wurde er zum Gemeindevorsteher von Jüttschau gewählt, und in dieser Eigenschaft hat er größere Beträge (etwa 4800 Mark) unterschlagen. Durch seine Verschwendung sind vor allem die hungernden Rentner der Gemeinde geschädigt worden. Das Gericht erkannte auf eine Strafe von zehn Monaten Gefängnis und schante es ab, die Untersuchungshaft anzurechnen. Busch nahm die Strafe an.

Gausnahmen in Sahnau

Am Donnerstag erschien in der Wohnung bei unserem Genossen Schrad die hochwohlgebliche Polizei, um eine gründliche Durchsuchung seiner Wohnung vorzunehmen. Man schnüffelte in sämtlichen Schränken, Schubfächern, auf den Döfen, kurz und gut in allen Ecken und Winkeln herum. Aber jede Nähe war vergebens: Gefunden wurde also nichts, und man mußte unverrichteter Weise wieder abziehen. Gefucht wurde angeblich nach einem Lieberbuch, das vom Verlag „Die junge Garbe“ herausgegeben sein sollte. Unser herzlichstes Beileid, liebe Polizei, zu dieser Traueraffäre!

Kleine Nachrichten

Das neue lettländische Kabinett gebildet. — U. Riga, 30. November. Das lettländische Kabinett ist gebildet. Ministerpräsident ist der Bauernbundesangehörige Jelmin, Außenminister der den nationalen Parteien und dem Zentrum nahestehende Pallod.



Geheimrat von Dirksen, voraussichtlich deutscher Botschafter in Moskau.

Fünf Tote durch Pflanzergiftungen in Frankreich. — U. Paris, 30. November. Aus verschiedenen Teilen Frankreichs liegen Meldungen über schwere Pflanzergiftungen vor. In Toulouse sind zwei Kinder einer italienischen Arbeiterfamilie nach dem Genuß von selbstgeammelten giftigen Pilzen gestorben, während vier andere schwerkrank daniederliegen. In einer anderen Familie ist ein sechsjähriges Mädchen unter ähnlichen Umständen gestorben. In Nevers fielen ein Mann und dessen Frau der Vergiftung zum Opfer.

Sithamer bei Chamberlain. — U. Berlin, 1. Dezember. Die Berliner Blätter aus London melden, besuchte der deutsche Botschafter Sithamer am Freitagvormittag den nach mehrmonatiger Abwesenheit wieder auf seinen Posten zurückgekehrten Außenminister Chamberlain im Foreign Office. Im Anschluß daran sprach der Botschafter auf dem britischen Schahamt vor, wo ebenfalls eine längere Unterredung stattfand.

Sehe gegen oppositionelle Arbeiterführer

Nachdem der Bundesvorstand des Arbeiter-Schülerbundes bereits acht Ortsgruppen wegen ihrer Stellungnahme gegen die reformistische Politik des Bundesvorstandes ausgeschlossen hat, ist neuerdings die Ortsgruppe Berlin durch Willat des Bundesvorstandes aus dem Bunde ausgeschlossen worden. Lange Zeit war dieser Ausschluß vorbereitet und in den Kreisen der sozialdemokratischen Spalter perfekt. Das kommt in einem Brief des Bundesvorsitzenden Hiegel an seinen Spaltungskumpen Dehlschlager zum Ausdruck, in dem es heißt: „Für uns ist der Ausschluß reif, raus damit (gemeint ist die Berliner Ortsgruppe), mit denen ist doch nichts mehr anzufangen.“

Über diesen Ausschluß herrscht natürlich bei den sozialdemokratischen Spaltern große Freude. Dabei können sie und auch der Bundesvorstand nicht umhin, alle Gemeinheiten gegen die Berliner Ortsgruppe wieder aufzufrischen. In der Bundesbesetzung des Arbeiter-Schülerbundes wird mitgeteilt, daß der Ausschluß unter anderem erfolgte wegen Nichtzahlung von Beiträgen usw. Bereits am 18. Oktober hat die Ortsgruppe an den Bundesvorsitzenden Hiegel ein Schreiben gerichtet, in dem sie zu den angeblichen Schulden folgendes zum Ausdruck bringt:

„Im übrigen dürfen wir Dich bitten, bis zur Generalversammlung auch Deine neue, aknerneute Forderung (Bezahlung von Schulden) ebenfalls sachlich zu begründen. Auf dem Bundesstag war Dir das nicht möglich. Inzwischen hast Du reichlich Zeit gehabt, alle Einzelheiten unserer angeblichen Schulden zusammenzufassen und uns zu präsentieren. Diese selbstverständliche Ehrlichkeit erwarten wir von Dir. Kannst Du diese Ehrlichkeit nicht bieten, dann dürfen wir Dich bitten, uns mitzuteilen, mit welchem Ausdruck Du einen Menschen bezeichnest, der es fertigbekommt, jemandem Schulden anzuhängen, und wohl wissend, daß er nicht imstande ist, auch nur ein Titelchen ernthaft zu beweisen.“

Gerade die Ortsgruppe Berlin war es, die auf dem Bundesstag mit aller Entschiedenheit für die Gesundung der Finanzverwaltung des Bundes eingetreten ist. An die Vertreter der Ortsgruppe Berlin hat sich seinerzeit sogar der Bundesvorsitzende Hiegel um Verbesserung seines Gehalts gewandt. Die Berliner Ortsgruppe des Arbeiter-Schülerbundes hat ihre Arbeit im Sinne des Statuts durchgeführt und gleichzeitig alles getan, um die Klassentraktion des Arbeitersports aufrechtzuerhalten. Über viele Dinge geht der Bundesvorstand hinweg und verläßt, gedrängt von der Zentralkommission und durch die Politik der SPD, den Ausschluß der Ortsgruppe.

Verantwortlich für den politischen Teil: Kurt Bombrowski, für „Bericht und Berlin“: Wilhelm Wietold, für „Kremlin“, „Welt“ und die übrigen Beilagen: Alfred Thomas, sämtlich in Breslau. — Für den oberirdischen Teil: Theodor Seidel, Gleiwitz. — Für den unterirdischen Teil: Carl Seidel, Gleiwitz.

Die Mischtrommel

ist das Geheimnis der einzigartigen, stets gleichbleibenden Qualität der

CIGARETTEN REEMTSMA

ERNTTE 23

STANDARD-MISCHUNG

5 Pf.

Die sorgfältig Blatt für Blatt gelösten Tabaksorten gleiten auf Transportbändern bis zu den Mischtrommeln, die aus einer Reihe von rotierenden Kästen bestehen.

In einem bestimmten System von Bewegungen fallen die Tabakblätter einzeln durch einen breiten Schacht langsam und leicht, von der Luft getragen, in die vorbeikreisenden Kästen, senken sich schwebend auf den Boden und legen sich dort Blatt für Blatt übereinander.

Durch diese Erfindung werden die Tabaksorten mit einer bisher unbekanntem mathematischen Genauigkeit und Gleichmäßigkeit rezeptgemäß gemischt.



Vereinigte Theater

Lobe-Theater

Von Sonnabend, den 1. 12. bis Sonnabend, den 8. 12. täglich 20.15 Uhr
Zum 1. Male
Die Dreigroschenoper von Bert. Brecht
Musik von Kurt Weill
Sonntag und Dienstag 15.30 Uhr
Kater Lampe

Thalia-Theater

Von Sonnabend, den 1. 12. bis Sonnabend, den 8. 12. täglich 20.15 Uhr
Zum 1. Male
Kapitän Brassbonds Bekehrung von Bernard Shaw
Deutsch v. Siegf. Trebitsch
Sonntag, 15.30 Uhr
Zu kleinen Preisen
Wie es euch gefällt

Konzerthaus „Wappenhof“

Montag bis Freitag, täglich ab 4 Uhr

Das große Wappenhof-Varieté-Programm

Außerdem täglich der beliebte **Wappenhof-Ball**

„Gaststätte zum Altmeister“
Friedr.-Wilh.-Str. 59, Ecke Andertstr.
„Büvermann-Gaststätte“
Berlinerplatz 5, gegenüb. Freiburg. Bahnh.
Musik. Unterhaltung
Billige gute Bewirtung.

Weihnachten

Reizende Neuheiten in Spielwaren, Christbaumzweigen, Musikinstrumenten, Hausgeräten u. s. w.
Reichhalt. Weihnachtscatalog gratis u. franko
Bürgsmüller-Betriebe, Krefensen W.N. Co.

Gesellschaftshaus Grätschen
(Hopf & Görke)
Jeden Sonntag
Grosser Gesellschafts-Tanz
Neue Bewirtung

Groß-Breslau
Täglich abends 8 1/2 Uhr
Das hervorragende Programm

Stadt-Theater Breslau

Schauspielhaus
Operettenbühne
Breslau
Telephon Nr. 36300

(Opernhaus)
Freitag, 19.30 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie C 7
Margarete (Faust)
Sonnabend, 20 Uhr
Hoffmanns Erzählungen
Sonntag, 20 Uhr
Die ägyptische Helena

Täglich 20 Uhr
Der große Operetten-Erfolg
Die Herzogin von Chitago
Musik von Emmerich Kalman

Carl Bräuers Festsäle
Gabitzstraße 22, Inh. Paul Graeser
Morgen Sonntag
Großer Gesellschafts-Tanz
Nächsten Mittwoch
Verkehrter Rollen-Ball
Jede Dame erhält eine Rose!

Gaststätte Alexander Wojtko

Klosterstr. 85/87, Filiale Siebenhufener Str. 18

Victoria-Theater Tel. 508 34
Ab Sonnabend, 1. Dez. tägl. 8 1/2 Uhr
Gastspiel von Tausig
Wiener Ausstattung
Revue-Reigen
„Das lebende Magazin“
28 Bilder v. Schönheit, Liebe u. Leidenschaft, Humor u. Grazie

Sport-Arena Jahrhunderthalle

Fernruf: 24817
Sonntag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr
3 Weltmeister
Kaufmann
Martineff
Engel
und Oszmella - Knappe I. Internat. Fliegerkampf
10 Meilen-
Mannschaftsrennen
für die besten deutsch. Amateure

Bazar Ohlauertor

Breslau 8 - Klosterstrasse Nr. 109
Ecke Webskystrasse
Größtes Bestsortiertes Kaufhaus der Ohlauer Vorstadt
Fördern Sie unsere Rabatt-Marken

LUNAPARK

Breslau-Morgenau
Jeden Dienstag, Donnerstag u. Sonntag
Bunter Nachmittag
anschließend Ball
Anfang: 4 Uhr nachm. / Eintritt: 25 Pfennig
Täglich Tanz

Suche Seitenverkäufer
20 Muster Wt. 2.40
franko Nachnahme
P. Hoffer
Büttnerstraße 26/27
Gezett Betten
25 und 40 Matratze rote Inletts
bestant
Leihhaus, Gelsner Str. 12

Brauerei und Ausschank
Zum großen Meerschiff
Inhaber Erich Vogel, Reuschestr. 28 (1 Min. v. Königplatz)
Ausschank nur selbstgebrauter Biere
Anerkannt gute Küche - Mittagstisch von 12-3 Uhr

Bestes trockenes Brennholz

1 Sad klein gelbalt., frei Keller 0.80 RM.
1 Sad groß gelbalt., frei Keller 1.00 RM.
1 Sack, ca. 38-40 cm Durchm. frei Keller 0.60 RM.
Bei Selbstabholung in der Anstalt billiger liefert die
Städtische Holzspalteanstalt, Breslau 10
Niedergasse 10 Tel. 54616 od. Magistr. 3392

Der große Bazar

Ring 51/52 Albert Marcus Ring 51/52
Geschenkartikel
Wirtschaftsartikel
Lederwaren
Spielwaren
Bekannt billige Preise Bekannt größte Auswahl
Ring 51/52 Albert Marcus Ring 51/52
Der große Bazar

Sehr leistungsfähig
9-15 Monate
Kredit
15% Rabatt auf die Anzahlung!
Damen- u. Herren-Bekleidung
Bett- u. Leibwäsche
Inletts, Gardinen
Stores, Bettdecken
Chaiselongue- und Tischdecken
Stuben- u. Küchen-Garnituren
Braut-Ausstattung u. w.
Kredithaus
M. Reiss
Breslau
Nikolaistadtgraben 19
Filialen:
Liegnitz, Wilhelmstr. 11
Sagan, Kurlandstr. 20
Haynau, Friedrichstr. 12
Bunzlau, Markt 30

Emil Schmelz
Kurz-, Weiss- u. Wollwaren
Breslau 6
Friedrich-Wilhelm-Strasse 23
Große Auswahl Billigste reife

Breslauer Hallenschwimmbad

Tel. 56254 - Zwingersstr. 10/12 - Tel. 56254
Größe und modernste Volks- und Kurbedeanstalt im Osten Deutschlands.
Schwimmbäder für Herren und Damen / Schwimmbäder und elektr. Heißluft- und Lichtbäder, Wannenbäder mit Fichtenzädel-, Schwefel-, Sole- u. sonstig. medizinischen Zusätzen, Kohlensture-, Sauerstoff- u. Schembäder.
Modern eingerichtetes Inhalatorium
Fußpflege / Duschbäder / Massage
Sämtliche Bäder werden auch an Krankenkassen-Mitglied. abgegeben

Arbeiter, Angestellte und Beamte

„Volksfürsorge“
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft
Auskunft erteilen bezw. Material versenden kostenlos die Rechnungsstellen in Breslau, Margarethenstr. 171, Liegnitz, Bismarckstr. 4 (Volkshaus) Waldenburg, Sandstr. 1 Gleiwitz, Postkampstraße 11, Herr Johann Wolsch, Cappel, Zimmerstraße 6, oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Alster 58/59

Cremer's Tapetenhaus

Tapeten 18 Pl. | Farb-Bodenlackfarbe 1.60
in groß. Ausw., Rolle von 2 m | 1-kg. Büchse
Breslau, Alte Taschenstr. 22
Telephon: 21967

Molkerei Klein-Mochbern
Inh.: Reinhold Gotthardt
Klein- u. Kleinhandel, Hauptgeschäft: Pörschestr.
Tiefgekühlte, haltbare Vollmilch
Eier, Butter, Käse

Oskar Baum
Breslau, Sternstrasse Nr. 77
Ecke Hedwigstrasse
Wäsche, Schürzen u. Kleider

Inserate in unserer Zeitung haben größten Erfolg

Die letzten billigen Mehlstage

vor Weihnachten!
Freitag, den 30. 11. 28
Sonnabend, d. 1. 12. 28
Kaiser-Auszugmehl 20
glatt u. halbgrifflich, 1 Pfund nur
Kaiser-Auszugmehl im 5-Pfund-Beutel
„Kronen“-Beutel, 5 Pfd. nur 1.25
„Brillant“-Beutel, 5 Pfd. nur 1.30
„Diamant“-Säckchen, 5 Pfd. nur 1.50
ferner empfehlen wir
Victoria-Erbsen . . . 1 Pfund nur 25
Grüne Erbsen . . . 1 Pfund nur 25
Graupe sehr fein . . . 1 Pfund nur 29
Graupe fein . . . 1 Pfund nur 27
Gerstenkaffee . . . 1 Pfund nur 21
Kornkaffee . . . 1 Pfund nur 21
Prima Blaumohn . . . 1 Pfund nur 49
Außerdem alle Backartikel:
Mandeln, Sultaninen, Korinth
Zitronat usw. zu billigen Preisen
Da die Mehlpreise vor Feiertagen immer steigen u. wir Ihnen eine so günstige Einkaufsgelegenheit vor dem Feste nicht mehr bieten können, so empfehlen wir Ihnen jetzt den Bedarf für die Weihnachts-Bäckerei einzukaufen!

Schuh-Reparaturen

Schuh-Färberei - Crepe-Besohlung
Stiefelbesohlen in 20 Minuten
nur bei
Schuhinstanzsetzungs-Betrieb
„HANSA“ G.M.B.H.
Herzogstr. 36 (Ecke Marktstr.) | Gräbener Straße 16
Bismarckstr. 12 | Albenstraße 27
Friedrich-Wilhelm-Str. 75 | Casentzenstraße 150
Hindenburgstr. 86 | Adalbertstraße 17

„Piefär“ Wilhelm Schneider
Bestattungs-Anstalt
Breslau I, Sandbrück 58, Ecke Kupferschmiedestraße
Fernsprecher 54404
Begräbnis-Versicherung

Kaufen Sie nur in unseren Spezialgeschäften
Mühlenniederlagen
der Waren-Vertr.- u. Eink.-GmbH.
Bismarckstr. 37 | Lobestr. 37
Friedrichstr. 13 | Marktstr. 115
Gräbenerstr. 91 | Scheitelstr. 59
Lehmgrabenstr. 77 | Tauchentzstr. 108
Westendstraße 53/55, Ecke Leutenstr.
Versandabg.: Tel. 39797

Außenpolitische Rundschau

Vor den Reparationsverhandlungen

Zwei wichtige Ereignisse dieser Woche zeigen eine beträchtliche Zuspitzung im Aufmarsch der imperialistischen Gruppierungen: die Diskussion über die bevorstehenden Reparationsverhandlungen und die Mitteilung über den Abschluß des englisch-japanischen Bündnisses.

Nacheinander haben der „Temp“, die „Times“, die italienische „Stampa“ usw. als führende außenpolitische Organe der Regierungen zur am 30. Oktober abgefassten deutschen Reparationsnote erklärt, daß die Antwort auf sie „vereinbar“ und übereinstimmend erfolgen werde. Die Diskussion in der gleichen Presse gegen die deutschen Forderungen verschärfte sich. Deutschland wird sich bei diesen Verhandlungen also einer Allianz der englisch-französischen Gruppe gegenübersehen, die trotz aller, zum Teil gegensätzlichen Interessen, in der Reparationsfrage einen gemeinsamen verstärkten Druck auf Deutschland und gleichzeitig auf Deutschlands Partner — Amerika — ausüben wird.

Die Reparationsdiskussion kam diesmal nicht so sehr auf die unmittelbare Initiative Deutschlands, sondern Frankreichs in Schwung. Deutschland hat in Genuß sich auf die Forderung der Rheinlandräumung konzentriert, damit im Zusammenhang auf die Aufhebung der Rüstungsbeschränkungen, die Regulierung der Obergrenzen usw. Frankreich antwortete im Zusammenhange damit und forderte Gegenleistungen für die Rheinlandräumung. Die aktuelle Hauptforderung war eine rasche Lösung der Reparationsfrage; den unmittelbaren Anstoß dazu bildet die im Jahre 1929 fällige französische Zahlung von Kriegsschulden an Amerika im Betrage von 1700 Millionen Goldmark, also um 400 Millionen mehr, als der französische laufende Anteil an der deutschen Reparationsleistung betragen wird. Die Verhandlungen werden zum Hauptinhalt haben die Ausarbeitung eines verbesserten Dawes-Systems, das eine Verbindung zwischen den deutschen Reparationszahlungen und den interalliierten Schulden an Amerika herstellt. Unter dem Druck der Schulden an Amerika, das in gewissem Sinne mit Deutschland gemeinsam vorgeht, sehen sich England, Frankreich usw. bereits gezwungen, in der Frage der Verhandlungsmethoden gewisse Zugeständnisse zu machen. Bekanntlich soll eine Kommission Vorberatungen führen ähnlich den Vorberatungen der Dawes-Kommission vor Abschluß des Dawes-Planes. Frankreich und England fügten sich der deutsch-amerikanischen Forderung, daß diese Kommission nicht aus Regierungsvertretern, sondern aus Sachverständigen gebildet werde. Offiziell wird neben den Sachverständigen der Entente, die von der Reparationskommission ernannt werden, und den deutschen Sachverständigen nur ein amerikanischer „Berater“ teilnehmen, es ist aber klar, daß diesem Berater die entscheidende Rolle in der Kommission zufallen wird. Zwischen Parker Gilber und der französischen Regierung haben auch schon Verhandlungen vermutlich mit einer bestimmten Festlegung über die Höhe der deutschen Endzahlungen stattgefunden. Deutschland wird bereit sein, den sogenannten Transfereschuß, den ihm der Dawes-Vertrag gewährt, für eine Befreiung der Endsumme und für eine Herabsetzung dieser Endsumme aufzugeben. Der Transfereschuß bedeutet bekanntlich, daß der Reparationszins in Deutschland jederzeit fällige Reparationszahlungen zurückhalten kann, wenn dadurch die deutsche Währung gefährdet erscheint. Da Frankreich die Bewilligung zur Mobilisierung, d. h. zum Verkauf eines Teiles der deutschen Pfänder für die Reparation fordert, muß der Transfereschuß aufgegeben werden, denn es würden sich auf den Märkten keine Käufer der deutschen Papiere finden, wenn ihnen nicht die jährliche Verzinsung gewährleistet würde. Diese Zahlungen aber dürfen nicht durch Einspruchsmöglichkeiten verhindert werden können. So sind tatsächlich bereits unter amerikanischem Druck ziemlich weitgehende Kompromißmöglichkeiten angebahnt. Wenn sich in den letzten Tagen aber dennoch die Diskussion in der englisch-französischen Presse verschärfte, so ist es nicht nur Verhandlungstaktik, sondern auch ein Anzeichen der Zuspitzung zwischen den beiden Lagern, ein Anzeichen des verstärkten Druckes auf Deutschland vor allem, um es einen Schritt weiter in die englisch-französische Front zu drängen. Es ist zugleich auch eine Antwort auf die selbstbewußte Rede Stresemanns im Reichstag. Die Entente-Presse beantwortet das deutsche Memorandum zur Reparationsfrage mit einer eindeutigen Ablehnung, es erklärt die deutschen Forderungen als indirekt im Gegensatz zu der französischen, englischen, belgischen und italienischen Auffassung stehend. Berlin müsse nachgiebig und vernünftig sein und der Tatsache der Einheit der Ententemächte Rechnung tragen, wenn es eine befriedigende Einigung in der Reparationsfrage erzielen will. Briand erklärt, ohne eine solche Einigung keine Räumung des Rheinlandes. Die Einwände Deutschlands, daß die englischen und französischen Sachverständigen nicht auf sinnvolle Mindestforderungen festgelegt werden dürften, gegen die Einbeziehung der Schuldenfrage und in der Frage der deutschen Zahlungsfähigkeit müßten fallen. Diese Sprache, die konkreter noch in den kommenden Verhandlungen sich vernehmen lassen wird, zeigt deutlich die schärfere Zuspitzung.

Das englisch-japanische Bündnis

Im gleichen Sinne von größter Bedeutung ist der Abschluß des neuen japanisch-englischen Bündnisses. Die „Times“ sprechen offen von dieser Vereinbarung über „eine enge Zusammenarbeit“ und erklären, daß die Vereinbarung zum Unterschied von den Ereignissen beim Abschluß des englisch-französischen Abkommens keinen Widerspruch erregen könne, da die Geheimhaltung, die anlässlich des englisch-französischen Abkommens scharf hervortrat, diesmal vermieden worden sei. Diese Erklärung kommt fast einer Verhöhnung der Gegner des Abkommens, also vor allem Amerikas, gleich. Die Veröffentlichung in Japan geschah mit allerhand pazifistischen Erklärungen gegenüber Amerika. Man hege die Hoffnung, Amerika in die Vereinbarungen, die im wesentlichen eine Vereinbarung über gemeinsames Vorgehen in China bedeuten, einbezogen zu können. Was aber von diesem Verede zu halten ist, das zeigt am deutlichsten die englische Presse, die ganz offen ausdrückt, daß England gezwungen ist, mit Japan insbesondere über China gemeinsame Abmachungen zu treffen, da Amerika die Washingtoner Richtlinien des gemeinsamen Vorgehens aller Mächte in China durch den Abschluß seines Vertrages mit Hankin gebrochen habe. Die Erweiterung der Einkreisung der Sowjetunion, die Verteidigung der englisch-japanischen Ansprüche in China, die drohende gemeinsame Rüstung zum Druck auf Amerika, das sind die wichtigsten politischen Ziele des Abkommens, über dessen militärische Geheimpunkte natürlich nichts veröffentlicht wird. Aber ja, die Londoner Kriegsverbrecher, „die Geheimhaltung“ ist diesmal glücklicherweise vermieden. Das englisch-japanische Bündnis ist von aller-

größter Bedeutung, sein Abschluß beschleunigt außerordentlich den Aufmarsch der beiden imperialistischen Fronten. Die Frage ihrer Einigung gegen die Sowjetunion ist brennender als je geworden.

Die Kriegs-Vorbereitungen an der Ostfront

An der Ostfront werden mittlerweile mit dem größten Eifer die Kriegsvorbereitungen weitergetrieben. An wichtigsten Tatsachen in der letzten Woche sind zu verzeichnen: die diplomatische Reise des ungarischen Außenministers Wallow nach Warschau zum feierlichen Abschluß eines „Garantievertrages“, Ausdehnung der Reise des Königs nach Riga und Reval, Verklärung der lettischen Flotte um zwei große Unterseeboote, verstärkter Offiziersaustausch zwischen den Armeen der Randstaaten, englische Bestrebungen zum beschleunigten Ausbau einer Flottenbasis an dem seit Jahren angekauften Territorium der Insel Desel und Dagö, fortgesetzter Druck auf die dänische Regierung, um günstige Verhandlungen für die ungehinderte Durchzugslinie der englischen Flotte durch den großen und kleinen Belt zu erreichen, Verhandlungen über einen Ausbau des polnischen Hafens Gdingen usw. Es ist in dieser Situation von besonderer Bedeutung, daß gegen die neue rumänische Regierung in Bukarest revolutionäre Demonstrationen der Arbeiter stattgefunden haben, bei denen es zu schweren Zusammenstößen kam. Diese „demokratische“ Regierung, deren Charakter als Kriegsvorbereitendes Übergangs-

kabinet mir bereits kennzeichnet, hat Militärgewalt einsetzen müssen. Die Demonstration kündigt eine neue Phase des Klassenkampfes in Rumänien an.

Während diese Kriegsvorbereitungen betrieben werden, schreitet in der bedrohten Sowjetunion der sozialistische Aufbau unaufhaltsam fort. Die Tagung des Rates der Volkskommissare hat der internationalen Arbeiterklasse aufs neue die großen Fortschritte der letzten Zeit bestätigt. Ueber 40 Prozent ist die Vorkriegsproduktion überschritten, um 23 Prozent ist die Produktion seit dem vergangenen Jahre, der Übergang zum Siebenstundentag für die gesamte Industrie und Produktion der Sowjetunion ist für den 1. Oktober 1928 beschlossen worden. In 118 Betrieben wird bereits im laufenden Jahre der Siebenstundentag eingeführt, die Produktivität der Arbeit ist um 15 Prozent gestiegen, um 11 Prozent die Löhne, um 7 Prozent stieg die Arbeiterzahl in den Großbetrieben, 77 neue Großbetriebe wurden im vergangenen Jahre in Gang gesetzt, 78 in teilweisen Betrieb genommen. Ueber eine Milliarde Rubel wurde für den Bau industrieller Unternehmungen, insbesondere für die großen Stahlwerke ausgegeben. In der Elektroindustrie ist seit Kriegsbeginn eine gewaltige Steigerung um 24 Prozent zu verzeichnen usw. Gründe genug für die Imperialisten, die weitere Entwicklung zum sozialistischen Aufbau mit den äußersten Mitteln zu unterbinden zu versuchen. Gründe genug für die Arbeiterklasse, alle Vorbereitungen zur Verteidigung ihres sozialistischen Vaterlandes mit verstärkter Energie zu treffen.

„Durch Demokratie zum Faschismus“*)

Von W. Schlämm, Wien.

Zum zehnjährigen Jubiläum der österreichischen Republik hat die SPÖ eine vom Genossen Johannes Wertheim verfasste Broschüre herausgegeben, die vor allem dem sozialdemokratischen Arbeiter helfen soll, die Früchte sozialdemokratischer Politik zu erkennen: daß sie nämlich die Arbeiterklasse immer mehr der faschistischen Bourgeoisie ausliefert.

In knappen Umrissen entrollt die Broschüre das Bild Oesterreichs in den Umsturztagen 1918. Nach vierjährigem Kriegsberrat der SPÖ, nach der Niederwerfung des revolutionären Januarstreiks, standen endlich die Massen auf. Aber zwischen sie und die Macht stellte sich die Sozialdemokratie. Otto Bauers Schriften zeigen, wofür zahlreiche Zitate erbracht werden, daß die Austromaxisten mit vollem Bewußtsein die Rolle des Verteidigers und Schützers der kapitalistischen „Ordnung“ vor dem Ansturm des Proletariats übernahmen. Mit Finten, mit Lug und Trug redeten sie den kampfwilligen Arbeitern die Revolution aus: Der demokratische Weg sei ein sicherer und außerdem friedlicher Weg zum Sozialismus; Sozialisierung und Sozialgesetzgebung würden ohne Tropfen Hühnerblut das Paradies auf Erden erstehen lassen. Der Bolschewismus aber würde sofort die Befreiung Oesterreichs durch die Ententetruppen, Hunger und Massensterben nach sich ziehen. Wo die Arbeiter diesem raffinierten „Zurechtweisungssystem“ nicht erlagen, da scheuten die Austromaxisten allerdings auch nicht vor blutiger Gewalt zurück: fast in allen Industriegebieten Oesterreichs gibt es Gräber aus den Kämpfen des Jahres 1919.

Immer mehr setzte sich die kapitalistische Restauration in Oesterreich durch. In krassen Zügen schildert die Broschüre diesen Golgatha-weg des betrogenen österreichischen Proletariats. Ueber den Umweg der Kolonisierung Oesterreichs (Venet Vertrag 1922) errichtete das Unternehmertum eine festere Herrschaft, als es sie jemals in der alten Monarchie innehatte. Während die Sozialdemokratie das Proletariat mit immer neuen Wahlerfolgen blendete, riß die Bourgeoisie die faktische Macht wieder reflexlos an sich. Sie entwarf die „role“ Staatsmacht, demolirte die Sozialgesetzgebung, organisierte blutige Treibjagden auf zur Abwehr gewillte Arbeiter.

Von der „Sozialisierung“ ist nur ein Türschild auf dem Büro der berühmten Sozialisierungskommission Otto Bauers zurückgeblieben, die meisten sozialistischen Errungenschaften sind auf dem Wege der Tatsachen und unter dem Druck der industriellen Reservearmee beseitigt. Die Gewerkschaften haben sich vollends zum „Arbeitsfrieden“ entwickelt und schloßen die knechtlichsten Unterwerfungspakte mit den scharfmacherischen Unternehmern.

Am augenfälligsten ist die für das Proletariat katastrophale Entwicklung Oesterreichs auf politischem Gebiet. Ohne erst die „demokratische“ Verfassung Karl Renners abwerfen zu müssen, hat die österreichische Bourgeoisie die sozialdemokratische Gesetzgebung der Umsturzjahre vollständig für sich ausnützen können. Nicht im Gegensatz zur formalen Demokratie, sondern in innigster Uebereinstimmung mit ihr hat der österreichische Faschismus seine heute schon bedeutsamen Positionen errichtet. Der 7. Oktober 1928 hat seine triumphale Entwicklung offenbart. Er verdankt sie der gleichen Sozialdemokratie, die bis in die jüngste Zeit gegenüber den kommunistischen Warnungen jedwede faschistische Gefahr leugnete, die durch den sozialdemokratischen Pereseminister der Umsturzmonate (Julius Deutsch) die „Heimwehren“ mit Waffenmaterial ausrüstete, die den Bluthund Schöber damals zum Manne ihres Vertrauens gemacht und gegen die Empörung der revolutionären Arbeiter verteidigt hat. Der österreichische Faschismus ist das Produkt zehnjähriger Wachsamkeit der Austromaxisten, das Ergebnis zehnjährigen „demokratischen Weges zum Sozialismus“.

Die technisch gut ausgestattete Broschüre wird gewiß ihre Aufgabe erfüllen, gar manchem sozialistischen Arbeiter die Notwendigkeit der Abkehr von diesem Wege beargwünzlich zu machen. Sie ist mit ihrem Tatsachenmaterial ein guter Beleg für die marxistische Erkenntnis, daß eine Klasse, die nicht alle ihre Kampfmöglichkeiten ausnützt und die erreichbare Macht an sich reiht, erst recht nicht mit der Schonung durch den Feind rechnen kann.

Sollte, was sehr erfreulich wäre, eine zweite Auflage der Broschüre notwendig werden, dann wäre allerdings eine Ergänzung des Tatsachenmaterials in bezug auf die Lohnverhältnisse und die Steuerbelastung des österreichischen Proletariats, ebenso auch in bezug auf

die Gemeinde Wien zu empfehlen. Aber trotz dieses geringfügigen Mangels ist die Broschüre auch in ihrer jetzigen Gestalt ein wertvolles Mittel für die Aufklärung und Aufrüstung der sozialdemokratischen Arbeiter und nicht nur Oesterreichs allein.

Poincare für Hermann Müller und für Große Koalition in Deutschland

Internationale Antisowjetfront braucht die Große Koalition

Das halbamtliche Organ des Poincaré-Kabinetts, der „Temp“ vom 27. 11., befaßt sich in einem Leitartikel mit der Großen Koalition in Deutschland. Nach einer Besprechung der Ergebnisse des bisherigen Kabinetts der Persönlichkeiten schreibt er:

„Die Frage ist, ob die Parteien entschlossen sind, ihre Sonderinteressen dem offensichtlichen Allgemeininteresse zu unterordnen, das Deutschland an einer starken, von einer breiten parlamentarischen Mehrheit unterstützten Regierung in dem Augenblick hat, wo es im Begriff ist, internationale Verhandlungen anzuknüpfen, von denen die Zukunft der europäischen Politik abhängt. Wenn der Reichszankler Müller bei seinen Versuchen, die Große Koalition zu verwirklichen, Schiffbruch erleiden würde, so würde Deutschland unter viel schwierigeren Bedingungen erfolgreiche Verhandlungen führen können...“

Mit dieser Erklärung setzt sich der französische Imperialismus offen für die Bildung der Großen Koalition in Deutschland ein. Das Organ eines des größten Kriegstreiber der Gegenwart, Poincaré, verheißt gar nicht, aus welchem Grunde der französische Imperialismus die Große Koalition befürwortet. Deutschland ist im Begriffe, internationale Verhandlungen von größter Tragweite anzuknüpfen. Damit wird die Einbeziehung Deutschlands in die englisch-französische Kriegsfrent gegen die Sowjetunion gemeint. Von diesen Verhandlungen, heißt es im „Temp“, „hängt die Zukunft der europäischen Politik ab“.

Fällt den Kriegstreibern in den Arm. Das bedeutet heute: Nieder mit der Koalitionsregierung, nieder mit der Großen Koalition, dem Ausführungsorgan der internationalen Konterrevolution.

Aecht Franck

Pakete werden täuschend nachgemacht, darum

Vorsicht beim Einkauf!

Nur die Pakete mit der Kaffeemühle enthalten die feine Qualität



Aecht Franck

Preis 100 Joys

*) Durch Demokratie zum Faschismus, 1918—1928. Von Johannes Wertheim, Arbeiterbuchhandlung, Wien, 32 Seiten.

nicht etwa an die Arbeiter, sondern an die Hausbesitzer

Breslau, 1. Dezember.

24 Millionen Defizit im neuen Etat

Neue Gebührenerhöhungen angekündigt
Gestern besetzte sich eine Sitzung des Breslauer Magistrats mit dem Etat für das Jahr 1929/30.

Von sonstigen Beschlüssen ist erwähnenswert die Nachzahlung der Rückfahrgeldern für Wohlfahrtsunterstützungsempfänger.

Was macht die „Wuma“?

Um die „große nationale Tat“, die uns nächstes Jahr in Gestalt der Ausstellung, der „Wuma“, beschert werden sollte, ist es merkwürdig still geworden.

1. Die Ausstellung „Wohnung und Vertrauen“ findet endgültig im Jahre 1929 statt; sie wird durch die Messe- und Ausstellungs-gesellschaft als Rechtsträger durchgeführt.

Man muß schon sagen, Herr Messe-Wolf ist sehr vorzüglich. Er hält Scheinbar auch nicht viel von dem ganzen Laden, will ihn aber um seiner selbst willen machen.

Was in Breslau möglich ist

Einer unserer Genossen erhielt dieser Tage folgenden Brief: „Auf Anordnung des Amtsgerichts werden Sie zum Antritt der durch vollstreckbaren Strafbefehl des Amtsgerichts, hier, vom 11. März 1924 gegen Sie erkannten Gefängnisstrafe von drei Monaten, abzüglich der erlittenen Untersuchungshaft, geladen.“

Die Strafe sollte unser Genosse wegen schweren Diebstahls erhalten. Da ihm jedoch vollkommen unbekannt war, wann das hätte sein können, begab er sich zum Amtsgericht und ersuchte um Aufklärung.

Römische Zustände, die beim Amtsgericht herrschen! Schließlich sind doch solche Zustände nicht ganz ohne. Welche Annehmlichkeiten können unter Umständen dem Betroffenen aus ihnen erwachsen.

Erfolgreiche Provinztournee der Breslauer Arbeiterschauvielertruppe „Die Trommler“

„Die Trommler“ (Eitung v. A. A. A.) haben in den letzten Wochen in den Unterbezirken Orlitz, Hirschberg, Waldenburg erneut ihre politische Schlagkraft bewiesen und für ihre guldurchdrachten und straff herausgearbeiteten Leistungen allerorts den spontanen Beifall des überall sehr zahlreich erschienenen Publikums geerntet.

Die Agitprop-Stelle des ZK, die schon seit längerer Zeit die Tätigkeit der „Trommler“ mit viel Interesse verfolgt, hat jetzt auch bereits für ein Bekanntwerden unserer Truppe im Reichsmagazin gefordert und in der neuen Nummer des „Roten Sterns“ unter der Überschrift „Rote Agitatoren“ einige gute Szenenbilder der „Trommler“ veröffentlicht.

Gute Sammelergebnisse

Die Arbeiter der Baustelle A. Witt in Weidenhof sammelten 2,65 Mark für die freitenden Ruhrarbeiter, die 2. Abteilung des RFB überbrachte aus der Abteilungskasse 10 Mark den freitenden Ruhrarbeitern, die Abteilung 3 des RFB sammelte 19,99 Mark.

Verleumdungssagen des Breslauer Magistrats

Vor dem erweiterten Schöffengericht in Breslau wurde in zwei Fällen wegen Verleumdung des Breslauer Magistrats verhandelt. Im ersten Falle war der Angeklagte Klimpel, der sich in eine freigelegene Wohnung ohne Genehmigung des Wohnungskommissars gesetzt hatte und dann durch den Wohnungskommissar aus der Wohnung herausgesetzt wurde.

Seit längerer Zeit geht zwischen den Breslauer Hausbesitzern und der Stadt Breslau der Streit über die Wertzuwachssteuer. Diese wird erhoben von den bei einem Verkauf von Grundstücken erzielten Gewinnen. Sie erfaßt selbstverständlich nur (wie könnte es im kapitalistischen Staat anders sein) einen kleinen Teil des durch Spekulationen erzielten Verbleibendes.

Sie erhoben zu verschiedenen Malen Einsprüche gegen die Steuerordnung, riefen die Gerichte an und hatten — selbstverständlich — Erfolg.

Als erstes wurde die Wertzuwachssteuerordnung, die in der Zeit vom 1. Januar 1926 bis zum 30. Juni 1927 bestand, durch Urteil des Oberverwaltungsgerichts außer Kraft gesetzt und für ungültig erklärt. Dieses Urteil benutzten die Hausbesitzer, um von der Stadt Zurückzahlung der geleisteten Wertzuwachssteuer zu verlangen.

Damit aber nicht genug. Die unerfülllichen Grundstückselgen-tümer waren weiterhin der Meinung, daß auch für die Zeit vom 30. Juni bis 4. Dezember 1927 keine gültige Wertzuwachssteuerordnung in Breslau bestand. Sie erhoben wiederum Klage gegen

Heute abend alles nach dem „Bergteller“ zur Winterberankaltung der RFB. Tanz, Vorträge usw.

Beginn 19 Uhr. Eintritt 10 Pf. Ende ???

aufforderte, ihn zu begleiten, um mit ihm eine Flasche Selt zu trinken. Das Gericht verurteilte ihn wegen öffentlicher Verleumdung und Verleumdung des Magistrats zu einem Monat Gefängnis.

Im zweiten Falle war der Fleischer Franz Plettsch angeklagt, der zwei städtische Beamte des Diebstahls von drei Schweinen im städtischen Schlachthof beschuldigt hatte. Der Staatsanwalt hielt auch hier den Wahrheitsbeweis für mißglückt und beantragte 120 Mark Geldstrafe, während das Gericht nach den Ausführungen des Angeklagten die Angelegenheit noch nicht für genügend geklärt erachtete und die Verhandlung vertagte, zu der neue Zeugen geladen werden sollen.

Für die Weihnachtssammlung der Roten Hilfe sammelte Genosse Pusch, Breslau-Ost, 15 Mark und Genosse Kuznetsov, ebenfalls Breslau-Ost, 6 Mark. Genossen, macht es nach! Sammelt unermüdet für die Weihnachtshilfe!

Die lebende Tote. Ein bei einer Firma auf der Böschstraße beschäftigter Arbeiter erzählte seinem Chef unter Kränen, daß seine Frau in der vergangenen Nacht verstorben sei und er nun für fünf Kinder zu sorgen habe. Der Frauenehe hat seinen Arbeitgeber, ihm für die Beerdigungskosten dreißig Mark beizusteuern. Er erzählte seine „Trauerbotschaft“ in Gegenwart der Frau des Chefs so rührend, daß diese selbst mitweinen mußte. Sie faufte für die angeblich Verstorbene einen schönen Kranz und trug ihn in die Wohnung des für einige Tage beurlaubten Arbeiters.

Dem Arbeiter, der sich unterdessen in einer Gastwirtschaft aufhielt, wurde gekündigt, da es der Chef nicht verwinden konnte, einmal zu unrecht getrauert zu haben.

Turnau verhandelt nicht mit Wien. Wie Intendant Turnau mitteilt, ist ihm von einer Berufung nach Wien nichts bekannt. Auch von Verhandlungen zwischen ihm und der Wiener Staatsoper sei keine Rede.

Todessturz. In der Nacht zum Freitag wurde im Hausflur Katharinenstraße 18 der dort wohnende Installateur Max Gauke als Leiche aufgefunden. Gauke ist wahrscheinlich die Treppe abgestürzt.

Geldschranteneinbruch. Bei der Firma Paul Krause, Gurte-einlage, Westendstraße 64, wurde gestern nacht ein Geldschranteneinbruch verübt. Es wurden aus dem Geldschrank, der in dem Kontor auf dem Hinterhof stand, 1500 bis 1600 Mark entwendet.

Nat und Anstalt in der Sozialpolitischen Sprechstunde jeden Mittwoch von 16 bis 19 Uhr bei Kurt Erbe, Lehndamm 8, Hinterhaus.

Die nächste Stadtverordnetenversammlung findet nicht Donnerstag, sondern erst Freitag, den 7. Dezember, statt.

Volksbühne. Die Breslauer Volksbühne plant für kommende Ostern eine viertägige Fahrt nach Berlin. Es ist beabsichtigt, am „Markertag“ mit Ertrag zu hinarbeiten und am 2. Ostertag zurückzufahren. Im Programm der Studienfahrt sind vorgesehen: die Aufführung von Schumanns „Ranfreit“ mit Bühnen als Ranfreit, der Besuch von Kaiser-Friedrich-Museum, Nationalgalerie, Kronprinzenpalais und Schlossmuseum unter Führung von Dr. Max Deri und anderen von ihm dazu herangezogenen Kunsthistorikern, der Besuch des Stadttheaters, des Volksbühnen-Theaters und eine Fahrt nach Potsdam. Die Volksbühne ist in der Lage, ihren Mitgliedern diese viertägige Kunstreise — einschließlich aller Bahnfahrten, der Honorare für die Führer und der Billets zu den Abendveranstaltungen — für 23 Mark, bei Einbeziehung von Nachtquartier mit Mittagessen für 30 Mark zu ermöglichen. Da sich für diese Studienfahrt schon ein sehr lebhaftes Interesse zeigt, und der Teilnehmerkreis nicht über die für den Sonderzug nötige Mindestzahl erhöht werden soll, empfiehlt es sich, die Anmeldung in der Geschäftsstelle baldmöglichst vorzunehmen.

Mittelschlesien

Kameradschaftsfest in Strehlen. Heute, Sonnabend, 19 Uhr, veranstaltet der RFB bei Wende (Stadt Breslau) ein Kameradschaftsfest, bestehend aus Vorträgen, Rezitationen und Tanz. Die Arbeiterschaft von Strehlen ist dazu herzlich eingeladen.

Kameradschaftsfest in Oels. Heute, Sonnabend, findet im „Großen Kursfürsten“ das Kameradschaftsfest des RFB statt. Es wirken mit die Schalmeien-labelle sowie die Geschwister Scholz als Kunststradfahrer. Nachher Tanz. Die werktätige Bevölkerung ist eingeladen.

Oels. Unsere Justiz weiß sich zu helfen. Am Sonnabend fand vor dem hiesigen Schöffengericht eine Verhandlung gegen den Genossen Stoffel statt. Es lag eine Anklage wegen Körperverletzung vor, die bei einem Propagandamarsch des Oelser RFB

ble Stadt und belamen zum zweiten Male „Recht“. Noch einmal mußten ihnen die Steuersummen samt Zinsen zurückgezahlt werden.

Nun hatte die Gesellschaft erst richtig Mut bekommen. Bei solch dienstfertigen Gerichten wollten sie einen weiteren Coup wagen. Ihre Frechheit kennt keine Grenzen. Sie haben es sich in den Kopf gesetzt, auch ein drittes Mal über die Stadt zu steigen und haben zu diesem Zweck beim Gericht beantragt, die dritte Wertzuwachssteuerordnung, die vom 4. Dezember 1927 bis zum 11. Mai 1928 galt, außer Kraft zu setzen und die während dieser Zeit gezahlten Beträge in ihre Taschen zurückzuerstatten. Die Führer der Hausbesitzer sind (bei den Gerichten auch kein Wunder!) sehr zuversichtlich und erwarten bestimmt, daß nach ihrem Willen entschieden wird.

Sollte das der Fall sein, muß die Stadt wiederum Millionen-Beträge zurückzahlen.

Während dem Arbeiter Woche für Woche zehn Prozent von seinem geringen Einkommen abgezogen werden, dürfen die sowieso schwer verbienenden Hausbesitzer durch Grundstückspekulationen unerhörte Gewinne einstecken, ohne daß ihnen belastet ist. Im rechten Augenblick finden sich immer „formale Fehler“ in den Steuerbeschlüssen und Gerichte, die diese „Fehler“ betätigen, worauf die Beträge laienhaft die Rückzahlungen einpenden. Das ist das Gesicht des Staates von heute! Demjenigen, der wenig hat, wird das Wenige noch genommen, und dem, der viel besitzt, wird noch mehr dazu gegeben!

zwischen dem Fabrikbesitzer Wegner aus Schmarje und Mitgliedern der Kapelle herbeigeführt sein sollte. Da natürlich alle Ermittlungen von Seiten der Staatsanwaltschaft zu keinem Beweis führten, sollte der Leiter ins Gefängnis. Zum Termin waren elf Zeugen geladen, von welchen neun unter Eid ausfragten, daß Stoffel keine Körperverletzung begangen hätte. Aber unsere Justiz weiß sich in solchen Fällen zu helfen. Ist es mit Körperverletzung nichts, dann muß eben ein anderer Paragraf herhalten, und Stoffel soll wegen tätlicher Beleidigung einen Monat ins Gefängnis; so sagte der Staatsanwalt. Derselben Leute aber haben keinen Strafantrag gestellt gegen Stahlschmidbanditen, die auf dem Oelser Ring gegen Oelser Bürger mit Spaten und Gummitruppen vorgingen und einem Arbeiter das Kniebein zerhackten. Das Gericht erkannte auf 50 Mark Geldstrafe und glaubt damit, die proletarische Bewegung erledigt zu haben. Unsere SPD, „Volkzeitung“ ist bei diesem Prozeß auch nicht auf ihre Rechnung gekommen. Braute dieselbe doch zwei Artikel mit dem indirekten Ruf, der Staatsanwalt möge gegen die Roten Frontkämpfer keine Milde walten lassen. Denn nur so kann man die werktätige Bevölkerung vor dem Gefindel — wie sich der Parteisekretär Deutsch ausdrückt — einbringlich gruselig machen.

Brleg. Vor dem Schöffengericht fand die 33 Jahre alte Frau Frieda Herrmann aus Niciasdorf bei Strehlen unter der Anklage des verübten Totschlages an ihrem Ehemann. Es handelte sich dabei um ein blühendes Revalverantant, das sich am Morgen des 28. März in der Wohnung des Betriebsleiters Herrmann abspielte. Dieser schlug ständig seine Frau. Am dem kritischen Tage mißhandelte er sie wiederum und schleifte sie an den Haaren zurück, als sie von einem Fenster aus um Hilfe rufen wollte. Da wurde sie von Bergmüllers gepackt, nahm vom Nachtschicht eine Wiskole und feuerte drei Schüsse auf ihren Gatten, der im Blut zusammenbrach. Die Angeklagte hat sich inzwischen mit ihrem Mann ausgesöhnt, der geteilt wurde und auf Grund jener Vorgänge seine Stellung als Betriebsleiter in Niciasdorf verloren hat. Das Schwurgericht verurteilte die Angeklagte zu sechs Monaten Gefängnis und gewährte ihr vollen Strafausschub. Der Frau wurden nach der Urteilsverkündung aus ihren Bekanntenkreisen Blumenspenden überreicht.

Heute abend auf nach Hoffmanns Festlichkeiten, Oberwitsstraße 15/19, zum Kameradschaftsfest des Roten Frontkämpfer-Bundes Abtlg. 4 (West) „Die Trommler“

Es wirken mit die Arbeiter-Schauspielertruppe „Die Trommler“ in ihrer neuen politischen Revue. Anschließend Tanz. Einlaß 18 Uhr. Anfang 19 Uhr. Ende ? ? Eintrittspreis 60 Pf. einschließlich Steuer. Zahlreicher Besuch wird erwartet!

Versammlungskalender

- Kommunistischer Jugendverband
Jung-Spartakus-Bund
Roter Frontkämpfer-Bund
Kameradschaftsfest in Strehlen
Kameradschaftsfest in Oels
Sonstige Organisationen

Zu den Gemeindewahlen am 2. Dezember

Ein letzter Appell!

Aus Angst vor dem Horn und der Empörung der Massen haben die patentierten Schlicher der Demokratie die für den Dezember dieses Jahres allgemein in Aussicht genommenen allgemeinen Gemeindewahlen um ein Jahr verschoben. Nur an den Orten, wo durch Auflösung der Gutsbezirke neue Gemeinden gebildet worden sind, finden diesen Sonntag, den 2. Dezember, Neuwahlen statt. Mit der Trennung dieser Wahlen von den allgemeinen Wahlen hoffen die Feinde des arbeitenden Volkes, die Wahlbeteiligung herabzudrücken und den Einfluß der Landarbeiter, die an den genannten Orten zum ersten Mal ihr Gemeindegewicht ausüben, herabzumindern. Dieser Plan muß durch den Willen der Klassenbewußten Arbeiterklasse durchkreuzt werden. Die kommunistische Partei hat in einer Reihe von Orten, in denen am Sonntag Neuwahlen stattfinden, eigene Kandidaten aufgestellt, in kleineren Gemeinden, wo noch keine Ortsgruppen der kommunistischen Partei existieren, die Aufstellung von roten Arbeiter- und Bauernlisten unternommen.

Die bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie versuchen, wie bei allen Wahlen, so auch diesmal die Massen der Wähler und Wählerinnen über die Ursachen ihres Elends, ihrer Ausbeutung und Ausplünderung zu täuschen und durch Versprechungen, an deren Erfüllung sie selbst nicht glauben, für sich zu gewinnen. Die Deutschnationalen, die ausgesprochenen Interessenvertreter der schmarozenden Großgrundbesitzer und der Schlotkarene, jene Partei, die den heftigsten Kampf gegen die Auflösung der Gutsbezirke geführt hat, die Partei der Ausplünderung und der Auswucherung des arbeitenden Volkes durch wucherische Räte, die Partei der Rechtsmache des Landproletariats, buhlt besonders um die Stimmen der Landarbeiter, Landarbeiterinnen und Kleinbauern. Die Rot der Landarbeiter und Kleinbauern nutzen sie in der raffiniertesten Weise aus, um die kämpfende Bevölkerung des Dorfes gegen die feindliche Arbeiterbevölkerung aufzuspielen. Rein den Landarbeitern, kein kleiner Bauer, der über die Ursachen seiner Not nachgedacht hat, wird diesen Tölpeln des werktätigen Volkes seine Stimme geben. Auch die Volkspartei, die Interessenvertreterin jener Trübsalge, die hunderttausende Arbeiter auf die Straße werfen und die fordern, daß die kämpfenden Arbeiter durch den Entzug jeglicher Unterstützung dem Hungertode ausgeliefert werden sollen, auch sie wagen es, sich als Vertreter der werktätigen Bevölkerung aufzuspielen. Das gleiche gilt von der Partei der Zentrum und der Volksdemokraten. In vielen Gemeinden haben sich die bürgerlichen Parteien auf sogenannte bürgerliche Einheitslisten geeinigt. Gemeindegewählern, durchschaut diese Wäls in Scham, in welcher Form und in welcher Maskierung sie auch um eure Stimmen betteln, um auch zu betrügen.

Die Sozialdemokratische Partei glaubte durch eine Einheitsliste gegen die SPD, die Aufmerksamkeit ihrer Wähler und Wählerinnen von ihrer verwerflichen Politik ablenken zu können. Mittels eines gefälschten Briefes, den der sozialdemokratische Landtagspräsident in Thüringen vor einigen Tagen verlesen hat, hoffte sie, Bewirker unter die kommunistischen Wähler tragen zu können. Das Mandat ist nicht glück, die Urheber der insamen Fälschung wurden entlarvt. Die Klassenbewußten Wähler und Wählerinnen lassen sich durch kein Mandat, durch keinen Bluff täuschen. Sie

wissen, daß die Sozialdemokraten, die am 20. Mai d. J. dem werktätigen Volke höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, bessere Wohnungen, Erhöhung der sozialen Ausgaben, Kampf gegen Mästungsabgaben versprochen hat, ihnen neue Schandfabelsprüche, verschlechterte Löhne, Erhöhung der Fahrpreise und damit auch Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel gebracht haben. Statt der Millionen für die Kindererziehung, welche die sozialdemokratischen Demagogen den Massen der Wähler und Wählerinnen versprochen, bewilligten die Sozialdemokraten für den Panzerkrieg. So wie im Reich, ist es auch in Preußen. Der preussische Haushaltsetat ist ein Musterbeispiel dafür, wie die Sozialdemokraten mit den Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu verfahren. Keine ausreichenden Mittel zur Linderung des katastrophalen Wohnungsstandes in Schlesien und Oberschlesien, aber Millionen für bessere Ausrüstung und Bewaffnung der Schupo, für neue kriegspolizeiliche Vollzugsstellen, für Bau von Gerichtsgebäuden und Kerlern, für die Opfer dieser verfluchten „Ordnung“. Die Koalitionsregierung im Reich und in Preußen ist das Bündnis der Reformisten mit der Schwerindustrie, mit den Tölpeln der kämpfenden Arbeiterklasse. Die Koalitionsregierungen, das sind die Regierungen der Hungeroffensive gegen die Arbeiterschaft.

Darum keine Stimme den Sozialdemokraten!

Wie im Reich und Einzelstaat, so sind die Sozialdemokraten auch in der Gemeinde mit der Ausbeuterklasse verbündet. Sie wollen und können nicht die Interessen der Armen und Vermitteln vertreten. Nur die Kommunisten wahren wie im Reichstag und Landtag auch in der Gemeinde die Interessen der gesamten werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land. Sie sagen den Massen, daß nur im Kampf gegen die kapitalistische Republik, im Kampf für den Sturz dieser Regierung, im Kampf für die Diktatur des Proletariats die Voraussetzung für die Befreiung der arbeitenden Bevölkerung aus dem Joch des Kapitalismus geschaffen werden kann. Mit dem Kampf für das kommunistische Ziel verbindet die kommunistische Partei den Kampf für die Tagesforderungen aller Werktätigen in Stadt und Land. Sie unterstützt und fördert den Kampf der feindlichen und lächelnden Arbeiter um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit. Sie kämpft gegen den sozialdemokratischen Schlichtungsschwindel, der die Arbeiter um die Früchte ihres Lohnkampfes preist und das Streikrecht aufhebt. Sie kämpft für die reiblose Durchführung des Achtstundentages, Schutz der männlichen und weiblichen Arbeitskraft vor Ausbeutung, für Bau von Wohnungen, für Schaffung neuer Straßen, für Elektrifizierung, Gas und Kanalisation in den kleinsten Gemeinden. Sie treten ein für Unentgeltlichkeit der Lehre- und Lernmittel, für kostenlose Totenbestattung, für Verbesserung und Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, für die ausreichende Versorgung der Kriegs- und Arbeitsopfer, der Witwen und Waisen, für den Bau von Kindererholungsheimen usw. Die kommunistische Partei verlangt, daß die Hunderte von Millionen, die jetzt für Panzerkreuzer und Ausrüstung zu einem neuen, furchtbaren Massenmorden im Interesse des Profits der Kapitalisten verwendet werden, angewandt werden sollen für Erhöhung der Sozialausgaben, zur Unterstützung der nicht Leistungsfähigen, notleidenden Gemeinden. Die kommunistische Partei ist die einzige, die den verbrederten Imperialisten bei ihrem Plan,

einen neuen Krieg anzuzetteln, in den Arm fällt, und die Massen aufruft, die Vorbereitungen zu einem neuen imperialistischen Krieg mit der Organisation des Klassenkrieges zu beantworten. Darum wählt am Sonntag 1 o m m u n i s t i s c h ! Jede Stimme für die kommunistische Partei ist eine Stimme gegen den kommenden imperialistischen Krieg, ist ein Bekenntnis zum Krieg gegen die Ausbeuter, zur Diktatur des Proletariats, zum revolutionären Sozialismus!

Arbeitersport

Kreissschule — Sparta I: 4:0.
Sonntag früh stellte sich zum erstenmal die Nebungsstaffel der Kreissschule vor. Man war überrascht, wie die Fußballspieler ihr theoretisch erworbenes Wissen in die Praxis umsetzten. Der Anstoß von Sparta wird abgefangen, und die Kreissschule ist eine ganze Zeit im Vorteil, ohne etwas zu erzielen. Nach schönem Durchspiel kommt die Kreissschule durch Halbrechts zum ersten Erfolg. Kurz darauf folgt durch denselben Spieler Nummer 2. Die Überlegenheit der Kreissschule wird sich nach der Pause bald in Nummer 3 aus. Sparta wird dadurch etwas munter. Der Erfolg sind kurz hintereinander drei Eden, die aber nichts einbringen. Durch wunderbaren Kopfstoß gelangt die Kreissschule durch Halbrechts zum vierten Erfolg. Sparta hätte das Ehrentor verdient, aber es gelang ihnen nicht.

FSB. I — Ostwig I: 2:5.
Im Bebelpark trafen sich obige Mannschaften zum Freundschaftsspiel. Belder glänzte der angelegte Schiedsrichter durch Abwesenheit. Die Ostwiger, die in einer gänzlich neuen Aufstellung antraten, enttäuschten nach der angenehmen Seite; vermöge ihres besseren Fußspiels gehen sie mit 2:0 in Führung. FSB. benutzt dann noch nach Halbspiele die Unentgeltlichkeit der Ostwiger und gleicht aus. Dadurch muntergemacht, gelingt es den Ostwigern, bis zum Schluss in kurzen Abständen drei weitere Erfolge zu erzielen. Bei Ostwig waren Lormann, Linker, Bertelbiger und Läuferreihe sehr gut, auch die Spieler der zweiten zogen sich gut aus der Affäre. FSB. stellte eine ausgeglichene Elf. Vom Schiedsrichter hat man schon bessere Leistungen gesehen. Vorher spielten die 2. Mannschaften beider Vereine 1:1.

Achtung, Winterportler. Sonnabend 19.30 Uhr findet in der Lehmgarten-Turnhalle der 3. Nebungsabend des Troden-Ski-Lehrkurses statt. Anfänger und Fortgeschrittene haben zu erscheinen. Teilnahms können noch vergeben werden.

Freie Sportvereinsung 1897. Sonntag 9.30 Uhr Nebungsplatz der Jugend- und Männer-Fußballer auf dem Platz am Sauerbrunnen.

Sportklub „Herald“, Sacrau. Generalversammlung. Sonntag 14 Uhr bei Sportgenossen Malwald.

Die Opfer des weißen Terrors und der Klassenjustiz
in den anderen kapitalistischen Staaten
brauchen die Solidarität des deutschen Arbeiters
Unterstütze die Winterhilfskampagne der Roten Hilfe!

Juma-Lichtspiele

am Neumarkt

„Du sollst der Kaiser meiner Seele sein“

und

„Wer niemals einen Kuß geküßt“

mit Gesangeinlagen.

Vorstellung von 10 Uhr vormittags bis 11 Uhr abends ununterbrochen.

Preise von 60 Pfg. ab.

Bekanntmachung von Breslau

Im Dezember 1928 sind an die Stadt. Steuerkassen zu entrichten:

- Bis zum 6. Dezember
Schulgeld für Dezember in bisheriger Höhe
- Bis zum 15. Dezember
 - Staatliche Grundvermögenssteuer und Gemeinderückschlag hierzu für alle Grundstücke, die nicht dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder ähnlichen Zwecken dienen, für Dezember 1928 in bisheriger Höhe
 - Hauszinssteuer für Dezember 1928 in bisheriger Höhe.
 - Kanal- und Müllabfuhrgebühren für Dezember 1928 in bisheriger Höhe.

Bei verspäteter Zahlung sind die gesetzlichen Verzugszinsen (10 v. H.) zu entrichten. Im Falle der Mahnung und der Zwangsversteigerung treten hierzu noch die nach den gesetzlichen Bestimmungen zu berechnenden Gebühren.

Die Nachzahlungen, die nach Genehmigung der erhöhten Gemeinderückschläge zu leisten sein werden, werden wie folgt zur Erhebung gelangen:

- Die Nachzahlungen an Grundvermögenssteuer - Gemeinderückschlag in 3 gleichen Teilbeträgen mit dem am 15. Januar, 15. Februar u. 15. März 1929 fällig werdenden Monatsbeträgen.
- Die Nachzahlungen an Gewerbesteuer mit dem am 15. Febr. 1929 fällig werdenden Vierteljahresbeträgen.

Breslau, 1. Dezember 1928
Städtische Hauptsteuerkasse.

Neu eröffnet

MUSIK-FRENZEL

Spezial-Musikhaus
Breslau :: Mathl. Str. 153
Inh. Georg u. Jos. Frenzel

Schrank-, Tisch- und Mollter-Apparate
Sämtl. Marken-Schallplatten
Zubehörsartikel, Reparaturen
Kulanteste Zahlungsbedingungen!

Neu eröffnet

Trinkt Milch

von der Gottesberger Molkerei

Fritz Sander

Striegau
Schweidnitzer Str. Nr. 24

Lederhandlung

Schuh-Bedarfsartikel

Fleisch- und Wurstwaren-Fabrik

Gerhard Hentschel
Lauban i. Schl. Telephon 233

Frühstücksstube

Amtl. Bekanntmachung von Weißstein

Betrifft Viehzählung

Am 1. Dezember 1928 findet, wie alljährlich, eine Viehzählung statt. Sie erstreckt sich auf Pferde, ohne Militärpferde, Maultiere, Maulesel, und Esel, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Federvieh und Bienenstöcke.

Die Ergebnisse der Zählungen dienen lediglich volkswirtschaftlichen Zwecken. Die Angaben werden nicht für Zwecke der Steuerveranlagung verwendet. Die Zählung wird durch ehrenamtliche Zähler ausgeführt. Wer vorläufig eine Anzeige, zu der er auf Grund der vorgenannten Bekanntmachung aufgefordert wird, nicht erstattet oder wesentlich unrichtige Angaben macht, wird nach § 4 der Bekanntmachung vom 30. Januar 1917 mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bestraft, auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verweigert worden ist, im Urteil „für den Staat verfallen“ erklärt werden.

Weißstein, den 28. November 1928.
Der Gemeindevorsteher Hertwig.

Auf den künftigen Friedhöfen Gräbern und an der Döbber Straße

werden demnach, wie alljährlich, alle Gräbner deren Angehörige seit abgelaufen ist, — d. h. die seit länger als 25 Jahren belegt sind — eingeebnet, sofern nicht bis Ende Dezember 1928 Anträge wegen Weitererhaltung (Verlängerung des Anrechts) gestellt werden. Diese Verlängerung wird gegen Zahlung des entsprechenden Entgelts, aber immer nur auf einen fünfjährigen Zeitraum, zugesprochen, also vorläufig nur bis zum Ablauf des 30. Jahres nach der Beerdigung.

Mäheres ergeben die Aufrufe, die im Friedhofsgebiete, sowie an den Eingängen zu den Inspektionsbüros der Friedhöfe und zu dem Verwaltungsbüro — Büro XVIII, Abtlg. Friedhöfe, an der Elisabethstraße 3/4, abgegeben sind.

Auch die Pfarrerämter der beteiligten Kirchengemeinden werden entsprechende Auskunft erteilen.

Breslau, den 20. November 1928.
Der Magistrat.

Amtl. Bekanntmachung von Dittersbach

Im Anschluß an meine Bekanntmachung vom 27. Juni 1928 wird hiermit zur Kenntnis gebracht, daß der Steuerbedarfsbescheid für das Rechnungsjahr 1928 seitens des Kreisaußschusses Waldenburg genehmigt worden ist. Der Herr Regierungspräsident hat unterm 7. November 1928 seine Zustimmung erteilt.

Dittersbach, den 28. November 1928.
Der Gemeindevorsteher Roßler.

Kinderwagen Puppenwagen Lederwaren Polstermöbel Metallbetten

in allen Preislagen

Ernst Rother
Striegau
Hohenriedberger Straße 28

Es ist nicht immer einfach, doch leicht ist hier die Wahl, verlange niemals „Schuhcreme“ verlange

stets Erdal

Dazu Erdal-Kwak-Serienbilder!

Die behagliche Gaststätte

Eigene Likörfabrik * Wurstfabrik * Bäckerei

Metall- u. Holzbettstellen
für Kinder und Erwachsene
Matratzen — Chaiselongues
Bettfedern — Fertige Betten
Inletts und Bettwäsche
Steppdecken, Reform-Unterbett.
Puppenwagen
Kinderwagen — Klappwagen
Liegestühle — Korbmöbel
Komplette Schlafzimmer
Größtes Haus der Branche Ostdeutschlands
Betten-Haus Becker
Breslau, Kupferschmiedestr. 4
dicht am Neumarkt
Verlangen Sie Katalog

Gaskocher und Herde

Haus- u. Küchengeräte, Emaille-, Aluminium-, Eisen- und Stahlwaren
Kauser Nachfolgt.
Breslau, Adalbertstraße 18. Telefon 25166

Möblierte und unmöblierte Zimmer
für alleinstehende Ehepaare ohne und mit Kindern sowie
Schlafstellen zur kostenlosen
Bermittlung gesucht.
Angebote mit Preisangabe an
Fürsorge für Wohnungsbeschaffung
Magazinstraße 1-3.

Nähmaschinen
für Haushalt
Heimarbeit und Gewerbe
10 Mark 2,50 wöchentl.
Anzahl. Ratenz.
Josef Greulich, Mechanikermstr.
Breslau, Herrenstraße 24
Tel. 50765
Eigene Reparaturwerkstatt

Den Bewohnern am Obertor
empfiehlt sich zur Lieferung von
Kohlen, Koks, Briquettes, Holz
E. Becker, Breslau
Eibingstr. 23. Tel. 54360

Nur Qualitätsware
kaufen Sie
sehr preiswert im
Schuhhaus
Lewkowitz
Breslau, Scheitniger Str. 25


hier zu haben!
Sprech-Apparate
Robert Bartsch
Gellhornstraße Nr. 28, im Hofe

B. Pohl
Beste und billigste Bezugsquelle für
Schokoladen, Kakao
Zuckerwaren
Honigkuchen
Keks, Tee u. Kaffee
Verkaufsstellen
in allen Stadtteilen

Leder — Schäfte — Bedarfs-Artikel
Lederhandlung
Max Wallasch, Frankfurter Str. 122

Zur Erhaltung körperlicher und geistiger Gesundheit
empfehle ich dem gesundheitsliebenden Publikum meine in Millionen Familien bestens eingeführt, beliebt u. berühmten echt homöopathischen und kosmetischen Erzeugnisse als
3 Cannennadel-Seife
3 Cannennadel-Oel
3 Cannennadel-Massage-Oel
3 Cannennadel-Badesalz
3 Cannennadel-Kopfwaschpulv.
Birken- und Brennell-Wasser
E. Buchmann, Breslau VI
Aisenstraße 33, I. Etg.

Erstklass. Fahrräder
Seidel-Naumann
Schreib- und Nähmaschinen
Musikinstrumente
Grammophonplatten
Sämtl. Ersatzteile
vorrätig
V. Deutsch,
Beuthen OS,
Krakauer Straße 9


Die billigste Einkaufsquelle für
Schuhwaren nur im
Schuhhaus Daumann
Beuthen, Hohengartenstr. 11
Kein Laden, Spesen, daher billig
Bequeme Ratenzahlung gefällig!

Neu eröffnet Neu eröffnet
Elektro-Grimm
Gleitwitz
Karlstrasse 10
Beleuchtungskörper aller Art
Installationsmaterialien
Reparaturen u. Neu-Anlagen

Zum bevorstehenden Feste
empfehle mein reichhaltiges Lager in
Jamaika-Rum, Arrak
divers. Weinbränden
Likören und Weinen
zu billigsten Preisen
Max Lustig
Bilberfabrik
früher, S. Berg
Hindenburg, Dorotheenstraße 7
Fernsprecher 3210
Bei größeren Aufträgen frei Haus

J. Sgodzei
Kinderwagen — Korbmöbel
Metallbetten
Oppeln, Krakauerstr. 21

Metropol-Theater
Zaborze an der Haltestelle Luisenstrasse
Großstädtisches, modernes Lichtspielhaus
Nur erste Filme Beste Künstler-Kapelle
Programmwechsel: Dienstag und Freitag

Wir empfehlen unsere
Buchdruckerei
zur Anfertigung von
Werken
Plakaten
Briefbogen
Rechnungen
Programmen
Einlaßkarten
Flugblättern
Massenauf-lagen usw.
Gute Ausstattung
Niedrigste Preise!


PEUVAG
Papier-Erzeugungs- und Verwertungs-Aktien-Gesellschaft
Berlin
Fl. Breslau
Trebntitzer Str. 50

Inserate in unserer Zeitung haben größten Erfolg

Neu eröffnet! **L. Riedel**
Gleitwitz, Karlstr. 6
Uhren, Goldwaren u. Reparaturwerkstatt
Erwerbslose erhalten bei Reparaturen **30% Rabatt**

Pelzwaren
Jeder Art
wie
Mäntel, Jacken, Füchse
Besätze für Mäntel
kaufen Sie billigst im
Gleitwitzer Pelzbazar
Beuthener Straße 2. — Tel. 4610
Einkauf von rohen Fellen

Münzer & Adler
Beuthen OS.
Ring 8, Ecke Schießhausstr.
Herren- u. Knabenkonfektion
fertig und nach Maß

Gediegene Schuhwaren
zu billigsten Preisen kauft man im
Oberschles. Schuhvertrieb
Siegfried Fröhlich
Beuthen OS., Schießhausstr. 6, am Marktpl.


Stempel-Fabrik
Max Mann
Gleitwitz
Bismarckstr. 16, Tel. 2208

Lautstärkste Sprechapparate und Platten
wie Grammophon, Odeon,
Parlophon, Beka, Lindström-
American-Record
Kleinste Raten. Besichtigung und Vorspielen ohne Kaufzwang
Täglich Eingang von Neuheit.
Kataloge gratis
Propl. Platten stets vorrätig
P. Peschke, Hindenburg
nur Kronprinzenstraße 78

Kaufhaus Josef Peschka, Hindenburg
Aeltestes Geschäft dieser Branche
Damenhüte, Weiß-, Woll- und Kurzwaren

Großer Weihnachtsgüterverkauf
Riesige Auslagen in allen Abteilungen zu enorm billigen Preisen!

Der gemeinsame Großeinkauf von über 170 Firmen im Grohag-Konzern, dem wir angehören, ermöglicht so billige Preise

Die Vorteile

des gemeinsamen Einkaufs bei den leistungsfähigsten Fabrikanten kommen unserer Kundschaft zugute.

Unsere Spielwaren-Ausstellung ist eröffnet!
Wir laden groß und klein zur Besichtigung ein!

Barasch, Gleiwitz